Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, gesteigerter obszöner Superreichtum, Einsamkeit, Gewalt, verwehrte Bildung, verweigerte Würde: Die globalen Folgen der Corona-Politik sind katastrophal, wie eine neue Studie der Münchner Sicherheitskonferenz zeigt. Wer das als Akt der „Solidarität“ bezeichnet, handelt zynisch. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/201120_Globale_Corona_Politik_Das_Gegenteil_von_Schutz_und_Solidaritaet_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Kaum eine Floskel wird dieser Tage öfter wiederholt als die Losung, dass die Corona-Maßnahmen dem „Schutz der Schwächsten der Gesellschaft“ dienen würden und ein Akt der „Solidarität“ seien. Kritiker der Maßnahmen und Bürger, die auf die kaum abschätzbaren, weitreichenden und negativen Folgen der internationalen Corona-Politik und deren unverhältnismäßigen Charakter hinweisen, werden dementsprechend als asozial und unsolidarisch bezeichnet.

Diese Art der „Solidarität“ ist zynisch

Aber hält diese moralische Arroganz der Realität stand, zumal nach einer globalen Betrachtung der Folgen der Corona-Maßnahmen etwa in armen Ländern? Wäre es nicht Zeit, diese anmaßende Argumentation umzudrehen? Wer die von zahlreichen Ländern verfolgte Corona-Politik in ihrer jetzigen Form verteidigt, der verteidigt schließlich auch katastrophale Entwicklungen hin zu mehr Ungleichheit, mehr Armut und mehr Vereinzelung und in der Folge mutmaßlich zu weniger Gesundheit. Dafür gibt es zahlreiche internationale Belege, auf die weiter unten im Text eingegangen wird. Aber auch aus dem Inland, wie Ralf Wurzbacher auf den NachDenkSeiten gerade in diesem Artikel thematisiert hat: Die Verwerfungen allein in der deutschen Gesellschaft durch die Corona-Politik sind demnach durch vermeidbare Todesfälle, verweigerte Bildung, Vereinsamung und Suizide oder in Form verschobener Behandlungen deutlich zu spüren. Dazu kommen Effekte wie eine nochmals verschärfte materielle Ungleichheit und Tendenzen zu radikaler Überwachung. Ob und inwieweit dies alles im Lichte des erklärten Ziels zu rechtfertigen sei, vor allem ältere Menschen vorm Sterben zu bewahren und das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen, sei die zentrale Frage, so der Text.

Ein noch viel eindeutigeres und dramatischeres Bild ergibt sich, wenn man die globalen

Folgen der aktuellen Politik betrachtet. Es ist bemerkenswert, wie sehr dieser Blick gemieden wird – auch und gerade von einem bei vielen anderen Themen besonders „globalistisch“ und an „Werten“ orientierten Personal. Dieser „internationalistische“ Ansatz ist einem Tunnelblick auf das „Infektionsgeschehen“ in den Landkreisen des Inlands gewichen. Kann man das als Akt der „Solidarität“ bezeichnen? Das rüde Entfernen rechtlichen und materiellen Schutzes durch „Pandemie“-Maßnahmen richtet besonders in armen Ländern gravierende Verwüstungen an, die längst nicht mit mehr mit der Corona-Bekämpfung gerechtfertigt werden können.

Dass viele Politiker und auch Bürger diese globalen sozialen Zerstörungen als Akt des „Schutzes“ bezeichnen, ist bizarr und zynisch. Diese Praxis ist nur möglich, weil solchen Verzerrungen der Wirklichkeit kein hörbarer Widerspruch entgegengesetzt wird: Ausnahmen bestätigen die Regel – aber die großen deutschen Medien sehen ihre Rolle weitgehend in der Verteidigung der offiziellen Corona-Standpunkte.

Studie: Global mehr Armut, Hunger und Tote wegen Corona-Politik

Eine fragwürdige Institution hat aktuell (einmal mehr) die internationalen Folgen der globalen „Pandemie“-Politik zusammengefasst – natürlich sind diese Bestandsaufnahme und die empfohlenen Reaktionen durch die teils bedenklichen ideologischen Positionen dieser Institution gefärbt: Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) hat eine Studie zu den globalen Folgen der Corona-Politik vorgestellt. Die Zahlen und Folgerungen stehen unter dem Vorbehalt der erwähnten ideologischen Ausrichtung der MSC. Auch spricht die MSC irreführend von den Folgen „der Pandemie“ und nicht von jenen der Corona-Politik. Aber müssen die hier besprochenen Folgen nicht eher der fehlgeleiteten Politik als „dem Virus“ zugesprochen werden? Schließlich entsteht die zusätzliche Armut und der Hunger nicht zuerst durch überfüllte Intensivstationen, sondern eher durch Lockdown-Maßnahmen.

Die UNO hat bereits ähnlich schockierende Zahlen verkündet, demnach wurden durch die internationalen Corona-Maßnahmen unter vielen anderen schlimmen Effekten 150 Millionen Kinder zusätzlich in Armut gestürzt. In diesem Artikel finden sich weitere verstörende internationale Aspekte. Und in der neuen MSC-Studie heißt es laut „Handelsblatt“:

> „Die Studie zeichnet ein düsteres Bild. Demnach nimmt die Zahl der Menschen in absoluter Armut erstmals seit dem Jahr 1990 wieder zu. 130 Millionen mehr Menschen müssen hungern, 21.000 Menschen wurden in neuen Konflikten getötet, 500 Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet, 91 Prozent aller Kinder waren von Schulschließungen betroffen.“

Mit NATO-Rüstung gegen die Folgen der Corona-Politik

Allein diese Zahlen müssten eine gewaltige Wucht und Wut auslösen: 130 Millionen Menschen, die zusätzlich(!) hungern müssen – wegen einer Corona-Politik, die sich den „Schutz der Schwächsten“ auf die Fahnen geschrieben hat. Kann man angesichts dieser (mutmaßlich vorsichtigen) Zahlen noch abstreiten, dass die „Pandemie“-Bekämpfung eine potenziell größere Gefahr ist als die „Pandemie“ selber?

Doch die Wucht verpufft und viele deutsche Bürger werden die (auch im nationalen, aber vor allem im globalen Maßstab krass unverhältnismäßige) Corona-Politik weiterhin als einen Akt der „Solidarität“ verteidigen – gegenüber den „Asozialen“, die auf die verheerenden Folgen hinweisen, aber vielleicht auch gegenüber sich selber.

Die Reaktionen der MSC sind aber – neben den bekannten wohlklingenden, aber mutmaßlich folgenlosen Aufforderungen an die Industrienationen, etwa Handelsschranken abzubauen und „Hilfe“ zu leisten – absurd: Denn aus der Untersuchung wird nicht zu allererst abgeleitet, dass die Corona-Politik die Verhältnismäßigkeit sprengt und überprüft werden sollte. Eher wird diese Politik fast schon wie eine Naturgewalt behandelt. Mit welchen „solidarischen“ Mitteln die MSC die gefährlichen Folgen dieser (hergestellten) „Naturgewalt“ kontrollieren will, kann man sich denken: Mit mehr Mitteln für die „Verteidigung“. Mittlerweile wird die Forderung der MSC nach militärischer Aufrüstung mit den Vokabeln „Diplomatie“ und „Entwicklungshilfe“ flankiert:

> „Zudem wiederholte die Sicherheitskonferenz die Forderung, dass die Nato-Staaten ihr Versprechen einlösen, bis 2024 zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in ihre Armeen zu stecken – oder stattdessen drei Prozent für Verteidigung, Entwicklungshilfe und Diplomatie auszugeben.“

Zutreffend wird in dem Bericht aber die aktuelle Blindheit „des Westens“ gegenüber den aktuellen „durch Corona“ entstehenden zusätzlichen Verwerfungen in armen Ländern thematisiert:

> „Auf der einen Seite stehen das menschliche Leid und massive Risiken für Frieden und Sicherheit, die die Polypandemie vielerorts zu verursachen droht. Auf der anderen Seite stehen die geringe Aufmerksamkeit und Hilfe, die Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft diesen vulnerablen Kontexten bislang widmet. Das Verhalten wohlhabender Staaten untermauert

damit aber lediglich den Prä-Corona-Zustand: den unzureichenden Einsatz für Sicherheit und Wohlergehen in den verwundbarsten Ländern der Welt.“

Mehr zum Thema:

- Risiken und Nebenwirkungen, aber keine Packungsbeilage. Die Corona-Eindämmung droht mehr Leid zu verursachen, als sie verhindert.
- Die im Dunkeln sieht man nicht. Eine Dokumentation über Folgen der Corona-Politik
- Der zweite Teil von „Die im Dunkeln sieht man nicht“
- Debatte zum Infektionsschutzgesetz – Steilvorlage für die AfD
- Willkommen in der „neuen Normalität“
- Corona: Ein Geist von Schikane und Denunziation
- Corona demaskiert den Westen

Titelbild: Nos SeaStar/shutterstock.com